

Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Brandschutz vom 12.11.2025
im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,
27801 Neerstedt
- Hybridsitzung -
AB/003/2025**

| | |
|----------------|------------------|
| Beginn: | 19:00 Uhr |
| Ende: | 20:33 Uhr |

Tagesordnung:

| Top | Bezeichnung | Dr.-Nr. |
|-----|---|----------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.06.2025 | |
| 4. | Bericht der/des Ausschussvorsitzenden | |
| 5. | Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden | |
| 6. | Bericht der Bürgermeisterin | |
| 7. | Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin | |
| . | Einwohnerfragestunde | |
| 8. | Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Brettorf; hier: Entscheidung über die Anzahl der Stellplätze | 2025/151 |
| 9. | Haushalt 2026; hier: Ausschuss für Brandschutz | 2025/150 |
| 10. | Anfragen und Anregungen | |
| . | Einwohnerfragestunde | |

**Teilnehmer:****Anwesend:****Mitglieder:**

Herr Thore Güldner

Ausschussvorsitzender

Herr Sascha Henning

Herr Marcus Martens

Herr Claus Plate

für Ausschussmitglied Schütte

Herr Dietz Wiechers

Hinzugezogenes Mitglied:

Herr Maik Cording

Ortsbrandmeister Dötlingen

Herr Timo Schneidewind

Ortsbrandmeister Neerstedt

Herr Heiner Ulrich

Gemeindebrandmeister

Herr Dirk Wilkens

Ortsbrandmeister Brettorf

von der Verwaltung:

Frau Antje Oltmanns

Bürgermeisterin

Frau Ulrike Hollmann

bis einschl. TOP 8

Frau Tomke Rothe

Frau Alexandra Seidel

Protokollführerin:

Frau Lea Möller

Gäste:

Franz-Heinrich Theilen,

zu TOP 8

Architektur & Ingenieurbüro Theilen & Theilen GmbH

Franz-Josef Theilen,

zu TOP 8

Architektur & Ingenieurbüro Theilen & Theilen GmbH

**Entschuldigt:****Mitglieder:**

Frau Sabine Schütte

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Güldner eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Güldner stellt die Tagesordnung fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.06.2025

Ausschussvorsitzender Güldner lässt über die Niederschrift der Sitzung vom 12.06.2025 abstimmen. Diese wird bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Güldner nutzt die Gelegenheit, um sich für die geleistete Arbeit der Feuerwehrkräfte im vergangenen Jahr zu bedanken. Er bedankt sich für das große ehrenamtliche



Engagement, das er im Rahmen der kommenden Jahreshauptversammlungen auch persönlich an die Ortswehren weitergeben wird.

Darüber hinaus spricht er dem Ausschuss seinen Dank für die stets konstruktiven Diskussionen und die am Ende gefassten Beschlüsse aus.

Zu TOP 5 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Zu TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Oltmanns gibt keinen eigenen Bericht ab und schließt sich den Danksagungen an. Auch sie wird ihren Dank im Rahmen der Jahreshauptversammlungen ausdrücklich an die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren richten. Zudem dankt sie den Mitgliedern des Ausschusses für ihre engagierte Mitarbeit und die gute Zusammenarbeit.

Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin

Eine Aussprache erfolgt nicht (vgl. TOP 6).

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Güldner schließt die Sitzung des Ausschusses für Brandschutz und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 19:03 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.



Sodann schließt Ausschussvorsitzender Güldner die Einwohnerfragestunde und eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Brandschutz um 19:03 Uhr.

Zu TOP 8 **Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Brettorf;
 hier: Entscheidung über die Anzahl der Stellplätze
 Vorlage: 2025/151**

Ausschussvorsitzender Güldner übergibt das Wort an Bürgermeisterin Oltmanns, welche in die Thematik einleitet und die Herren Theilen, Architektur & Ingenieurbüro Theilen & Theilen GmbH, begrüßt. Sie weist darauf hin, dass die geschätzte Baukostensumme anzupassen sei, da die Gefahrenmeldeanlage sowie das Notstromaggregat in der vorgelegten Planung nicht berücksichtigt wurden (**Anlage**) und auch ein sogenannter „Puffer“ für mögliche Kostensteigerungen eingeplant werden sollte. Die geschätzten Gesamtkosten der Variante mit 5 Stellplätzen belaufen sich nun auf 3.709.300,00 €. Abschließend zeigt sich Bürgermeisterin Oltmanns erfreut darüber, dass die aktuellen Kosten dennoch unter der ursprünglich genannten „Kostenannäherung“ liegen.

Herr Franz-Heinrich, Architektur & Ingenieurbüro Theilen & Theilen GmbH, stellt das Vorhaben und die beiden Varianten – 4 oder 5 Stellplätze – anhand einer Präsentation (**Anlage**) vor.

Auf Nachfrage teilt Herr Theilen mit, dass bei Variante 2 (4 Stellplätze) künftig im Obergeschoss weitere Räume eingerichtet werden könnten, beispielsweise für die Nutzung durch die Jugendfeuerwehr.

Herr Theilen weist darauf hin, dass es sich derzeit um eine Kostenschätzung erster Ordnung handelt. Diese wird im weiteren Verlauf des Projekts fortlaufend überprüft, präzisiert und gegebenenfalls angepasst, sodass Kostenänderungen nicht ausgeschlossen werden können.



Stellvertretender Bürgermeister Plate erkundigt sich nach den bei der Aufstellung des Bebauungsplans zu berücksichtigenden Aspekten und stellt die Frage, ob eine nachträgliche Ausstattung des Obergeschosses mit Fenstern möglich wäre.

Herr Theilen teilt mit, dass das Nachrüsten entsprechender Fenster aufgrund des Trapezbleches unproblematisch sei. Zudem erläutert er, dass ein Städteplaner anhand des Lageplans erkennen könne, welche Anforderungen zu berücksichtigen sind. Es sollte dabei Raum für eine mögliche Erweiterung eingeplant werden.

Ratsherr Martens erkundigt sich, in welchem Umfang Photovoltaikanlagen vorgesehen sind.

Herr Theilen erläutert, dass gemäß der Niedersächsischen Bauordnung 50 % der Dachfläche mit Photovoltaik ausgestattet werden müssen. Entsprechend ist die Anlage derzeit mit einem Anteil von 50 % der Dachfläche geplant. Ob die Installation von Batteriespeichern geeignet bzw. erforderlich ist, werde im weiteren Planungsprozess geprüft.

Ratsherr Martens regt an, die durch die Photovoltaikanlage erzeugte Energie nach Möglichkeit auch für die Notstromversorgung zu nutzen.

Sodann bedankt sich Ausschussvorsitzender Güldner für den Vortrag.

Bürgermeisterin Oltmanns geht näher auf die Kostenschätzung ein. Sie weist darauf hin, dass die aktuelle Kostenschätzung für Variante 1 (5 Stellplätze) bei 3.709.300,00 € liegt. Da der Preisunterschied zwischen Variante 1 (5 Stellplätze) und Variante 2 (4 Stellplätze) verhältnismäßig gering ist, schlägt die Verwaltung die Umsetzung von Variante 1 (5 Stellplätze) vor.

Auf Nachfrage von stellvertretendem Bürgermeister Plate erklärt Bürgermeisterin Oltmanns, dass eine mögliche Kostensteigerung eingeplant wurde, weil man davon ausgeht, dass die Kosten im Laufe der Planungen voraussichtlich steigen werden.



Stellvertretende Bauamtsleiterin Hollmann teilt mit, dass Herr Theilen eine Kostensteigerung von mindestens 15 % empfohlen hatte. Um sicherzugehen, habe man sich für 20 % entschieden.

Stellvertretender Bürgermeister Plate bedankt sich für die Erklärung und zeigt sich zugleich erfreut, dass die aktuelle Kostenschätzung deutlich unter der ursprünglichen Kostenannäherung von 4,8 Millionen Euro liegt. Seine Fraktion könne der Umsetzung von Variante 1 (5 Stellplätze) zustimmen. Abschließend erkundigt er sich, ob die Ortsfeuerwehr Brettorf mit dem Umsetzung der Variante 1 einverstanden ist.

Ortsbrandmeister Wilkens äußert sein Einverständnis. Dennoch sollten gemeinsam mit dem Arbeitskreis weitere detailliertere Planungen erfolgen. Er macht deutlich, dass seit Vorlage der neuen Informationen der Arbeitskreis noch nicht getagt hat.

Ausschussvorsitzender Güldner weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung lediglich eine Grundsatzentscheidung für die Anzahl der Stellplätze getroffen wird und ein entsprechender Betrag im Haushalt einzustellen ist.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass für das Jahr 2026 keine investiven Haushaltsmittel veranschlagt werden müssen, da Haushaltsreste aus 2025 übertragen werden können. Weitere Haushaltsmittel sind erst im Haushaltsplan 2027 einzuplanen.

Stellvertretender Bürgermeister Plate erkundigt sich nach dem zeitlichen Ablauf.

Verwaltungsangestellte Hollmann teilt mit, dass die Grundsatzentscheidung erforderlich ist, um einen Entwurf für das Bauleitplanverfahren zu erstellen. Die Kosten für das Bauleitplanverfahren sind konsumtiv zu veranschlagen. Ziel sei es, Anfang 2026 die Planungen für das Verfahren zu vergeben. Sie weist darauf hin, dass gegebenenfalls eine Ausschreibung für diese Leistung erforderlich sein könnte. Angestrebt sei es, das Bauleitplanverfahren Anfang 2026 zu starten. Anschließend müsse der Bauantrag gestellt werden, was sie sich im Herbst 2026 vorstellen könne. Eine genaue zeitliche Planung könne derzeit jedoch noch nicht dargestellt werden.



Stellvertretender Bürgermeister Plate folgert, dass im Jahr 2026 die Planung und 2027 die bauliche Umsetzung erfolgt.

Dies bejaht Verwaltungsangestellte Hollmann.

Ratsherr Martens spricht sich namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsherr Henning namens der CDU-Fraktion für Variante 1 (5 Stellplätze) aus.

Ausschussvorsitzender Güldner teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich ebenfalls für Variante 1 (5 Stellplätze) ausspricht. Er ist der Meinung, dass in der heutigen Sitzung eine Entscheidung getroffen werden müsste und sieht diese Entscheidung als zukunftssträchtig an.

Stellvertretender Bürgermeister Plate weist darauf hin, dass in solchen Belangen oftmals lange diskutiert wird, dies jedoch hier nicht der Fall sei. Auch er spricht sich, aufgrund der positiven Kostenschätzung, für Variante 1 (5 Stellplätze) aus. Er bedankt sich für die Vorarbeit.

Ortsbrandmeister Wilkens erkundigt sich, ob ein weiterer Zuschuss beim Landkreis Oldenburg beantragt werden könnte und bittet, dies zu prüfen.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass dies nur im Falle der Unterstellung eines weiteren Fahrzeuges oder Gerätes vom Landkreis Oldenburg für den Brand- und Katastrophenschutz in Frage käme, man dies gegebenenfalls prüfen werden. Über die mögliche gewünschte Zuweisung sei ihr jedoch aktuell nichts bekannt.

Ausschussvorsitzender Güldner hebt den Zuschuss durch den Landkreis Oldenburg positiv hervor, da dieser nicht selbstverständlich sei.

Verwaltungsangestellte Hollmann weist darauf hin, dass der zweite Satz der Beschlussempfehlung wie folgt angepasst werden müsse: Die Haushaltsmittel für die Variante 1 in Höhe von 1.264.300,00 € werden im Haushalt 2027 bereitgestellt.



Ortsbrandmeister Wilkens erkundigt sich, ob gegebenenfalls eine Verpflichtungsermächtigung für 2027 festgelegt wird.

Dies bejaht Verwaltungsangestellte Hollmann.

Da offensichtlich Einigkeit besteht, lässt Ausschussvorsitzender Güldner über die **geänderte Beschlussempfehlung** abstimmen. Diese wird einstimmig bei 5 Ja-Stimmen angenommen.

Der Ausschuss für Brandschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Das Feuerwehrgerätehaus in Brettorf wird mit 5 Stellplätzen (+ Waschhalle) errichtet.

Die Haushaltsmittel für die Variante 1 in Höhe von 1.264.300,00 € werden im Haushalt 2027 bereitgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Zu TOP 9 Haushalt 2026;
 hier: Ausschuss für Brandschutz
 Vorlage: 2025/150**

Ausschussvorsitzender Güldner übergibt das Wort an Bürgermeisterin Oltmanns, welche in die Thematik einleitet. Dabei weist sie darauf hin, dass sich – wie auch bei den benachbarten Kommunen – die Haushaltslage in der Gemeinde Dötlingen negativ entwickle. Sie geht davon aus, dass auch die Gemeinde Dötlingen künftig nicht mehr schuldenfrei sein wird. Aufgrund der vorgesehenen Kreditaufnahme vermutet sie, dass der Haushalt genehmigungspflichtig sein wird. Ursächlich für die kritische Haushaltslage sind insbesondere die von Bund und Land auf die



Kommune übertragenen Aufgaben, für welche die Gemeinde nicht mit hinreichenden Finanzmitteln ausgestattet werde.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel erklärt anhand einer Präsentation (**Anlage**) die Rahmendaten des Haushaltsentwurfs.

Stellvertretender Bürgermeister Plate erkundigt sich, welche Kosten sich hinter „ordentliche Aufwendungen/Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ (426132 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte) verbergen.

Ortsbrandmeister Wilkens weist darauf hin, dass in dem Sachkonto die Bekleidung inbegriffen ist. Aufgrund der neuen Feuerwehrrordnung muss neue Kleidung beschafft werden. Gemeinsam mit den anderen Kommunen des Landkreises Oldenburg habe man sich für ein Modell entschieden. Er könne sich die Abweichung dadurch erklären.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel geht hiervon ebenfalls aus.

Sodann verliest Ausschussvorsitzender Güldner die einzelnen Punkte aus der Sitzungsvorlage und bittet, Fragen und Anmerkungen zu äußern.

Sachkonto 332132

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

Sachkonto 42232

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel erklärt, dass die Kosten nicht wie geplant konsumtiv sondern investiv veranschlagt werden müssen.

**Sachkonto 425132**

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

Sachkonto 426132

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeister Seidel weist darauf hin, dass bei diesem Sachkonto in Absprache mit der Feuerwehr Einsparungen vorgenommen wurden.

Sachkonto 442132

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

P1.1.128000 – Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

Ausschussvorsitzender Güldner erkundigt sich, ob weitere Fragen zum Ergebnishaushalt vorliegen.

Es werden keine weiteren Fragen zum Ergebnishaushalt vorgetragen, sodass Ausschussvorsitzender Güldner mit dem Finanzhaushalt fortfährt.

I1.000257.510.xxx Brandschutz Erwerb VG > 1000 EUR

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.



I1.000310.500.xxx Brandschutz – Feuerwehrrgerätehaus Brettorf

Es liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

I1.000316.500.xxx Brandschutz OW12 – Erweiterung FWGH

Stellvertretender Bürgermeister Plate erkundigt sich, ob beide Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden können.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass die Waschhalle im Jahr 2026 umgesetzt werden soll. Der Sozialtrakt hingegen könne nicht gleichzeitig, sondern erst 2027 realisiert werden. Gründe seien sowohl die Personalkapazitäten in der Verwaltung als auch die finanzielle Situation der Gemeinde Dötlingen.

Ortsbrandmeister Cording weist darauf hin, dass die gleichzeitige Umsetzung beider Maßnahmen aufgrund der Örtlichkeit schwierig sei.

Ausschussvorsitzender Güldner freut sich, dass die Entscheidung gemeinsam mit der Feuerwehr erfolgt ist.

Ortsbrandmeister Cording bestätigt dies.

I1.000317.500.xxx Brandschutz OW13 – Erweiterung FWGH

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel schlägt vor, diesen Punkt im Rahmen der Einsparungen zu betrachten.

Dies findet Zustimmung.

**11.000322.510xxx Katastrophenschutz – Erwerb VG > 1000 EUR**

Ausschussvorsitzender Güldner erkundigt sich, ob eine Abstimmung mit der Feuerwehr erfolgt ist.

Dies wird bejaht.

Auf Nachfrage teilt Ortsbrandmeister Wilkens mit, dass ein solches Gerät rund 20-25 KVA hat.

Da keine weiteren Fragen zum Finanzhaushalt vorliegen, führt Ausschussvorsitzender Güldner mit den Einsparpotentialen fort.

P1.1.126000, Sachkonto 422232, Ladestation Melder (30 St), 2.700,00 Euro, Verschiebung nach 2027

Ausschussvorsitzender Güldner erkundigt sich, ob eine Abstimmung mit der Feuerwehr erfolgt ist.

Dies wird bejaht.

Weitere Fragen und Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

P1.1.126000, Sachkonto 426132, 1x Führerschein Kl. C für OW Neerstedt, 2.500,00 Euro

Ausschussvorsitzender Güldner erkundigt sich, ob eine Abstimmung mit der Feuerwehr erfolgt ist.

Dies wird bejaht.

Weitere Fragen und Anmerkungen werden nicht vorgetragen.



P1.1.126000, Sachkonto 429132, Hepatitis-Schutzimpfung Feuerwehrmitglieder, 2.500,00 Euro, Verschiebung nach 2027

Ratsherr Henning erkundigt sich im Namen der CDU-Fraktion, ob diese Einsparungen wirklich erforderlich sind und betont, dass ihm die Maßnahme aufgrund des Gesundheitsschutzes wichtig erscheint.

Gemeindebrandmeister Ulrich weist darauf hin, dass es sich um eine Angelegenheit des Arbeitsschutzes handele und diese dementsprechend von Bedeutung sei.

Amtsleiterin Rothe erklärt, dass es nicht darum gehe, keine Kosten zu übernehmen, sondern dass die flächendeckende Überprüfung des Impfstatus erst im Jahr 2027 erfolgt. Einzelmaßnahmen würden bei Bedarf durchgeführt werden. Es gehe vorrangig um die größeren Aktionen.

Ausschussvorsitzender Güldner stellt fest, dass Haushaltsmittel für Einzelmaßnahmen im Haushalt veranschlagt werden.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel bestätigt dies.

I1.000257.510.042, Sachkonto 783110, Rettungsboot RTB 1, 9.000,00 Euro (kleineres Modell möglich, neuer Anhänger dann nicht mehr erforderlich)

Ortsbrandmeister Cording zeigt sich erfreut, dass die Feuerwehr diese Lösung finden konnte.

I1.000317.500.001 – Planungs- und Baukosten Anbau OW13

Die Baumaßnahme des Anbaus der Feuerwehr Neerstedt in Höhe von 263.000,00 Euro muss aus Sicht der Verwaltung aus Kapazitätsgründen vom Haushaltsjahr 2026 ins Jahr 2028 geschoben werden.



Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass die Maßnahme im Zuge der Priorisierung von Maßnahmen im Zuge der Aufstellung des Feuerwehrbedarfsplanes vorgezogen wurde, aber finanziell und personell vermutlich nicht leistbar ist.

Ortsbrandmeister Wilkens weist darauf hin, dass 2025 Kosten ermittelt wurden und eine kurzfristige Umsetzung erfolgen sollte. Eine Umsetzung im Jahr 2028 sei aus seiner Sicht zu spät.

Ortsbrandmeister Schneidewind ergänzt, dass in den nächsten Jahren voraussichtlich mit einer Kostensteigerung zu rechnen sei.

Bürgermeisterin Oltmanns betont, dass der Bedarf nicht infrage gestellt wird, aktuell jedoch weder finanziell noch personell eine Umsetzung möglich sei. Das Personal befinde sich aktuell bereits an den Kapazitätsgrenzen.

Ratsherr Henning erklärt, dass er die Sicht der Verwaltung aus Kostensicht nachvollziehen kann, erkundigt sich aber, ob dies mit der Feuerwehr abgestimmt wurde.

Gemeindebrandmeister Ulrich teilt mit, dass die Feuerwehr dies zur Kenntnis genommen habe. Eine Zustimmung erfolgte nicht.

Ratsherr Henning war davon ausgegangen, dass kein Diskussionsbedarf besteht und sämtliche Einsparungsvorschläge im Einverständnis mit der Feuerwehr vorgenommen wurden.

Ausschussvorsitzender Güldner erklärt, dass eine Abstimmung mit der Feuerwehr im Ausschuss stattfinden kann. Seiner Meinung nach sei es nicht ungewöhnlich, dass nicht immer Einigkeit besteht. Er folgert, dass die Feuerwehr einen Bedarf sieht.

Bürgermeisterin Oltmanns bestätigt, dass sie die Notwendigkeit erkenne. Dennoch gebe es aktuell keine hinreichenden Personalkapazitäten für die Umsetzung im Jahr 2026.



Stellvertretender Bürgermeister Plate weist darauf hin, dass der Ausschuss empfiehlt und der Rat letztendlich beschließt.

Bürgermeisterin Oltmanns stellt klar, dass die Maßnahme derzeit mit dem vorhandenen Personal nicht realisiert werden könne.

Ortsbrandmeister Wilkens schlägt vor, bestimmte Aufgaben an externe Büros auszulagern, beispielsweise mit einer Auftragsvergabe an einen Planer für mehrere Maßnahmen, sodass Synergieeffekte genutzt werden könnten.

Stellvertretender Bürgermeister Plate betont, dass geprüft werden müsse, was tatsächlich machbar sei. Seiner Meinung nach helfe es niemandem, unrealistische Zusagen zu machen.

Ausschussvorsitzender Güldner äußert seine Bedenken, da eine Abweichung von der Priorisierung vorliegt. Er kann sich vorstellen, im Jahr 2026 mit der Planung zu starten und im Jahr 2027 die Maßnahme umzusetzen.

Bürgermeisterin Oltmanns hält die Umsetzung für unrealistisch, da der Personalbestand hierfür nicht ausreiche. Es bestehe derzeit bereits ein erheblicher Arbeitsrückstand im Bereich der Mitarbeitenden des Bauamtes insbesondere in Bezug auf politische Anträge und Maßnahmen vorhergehender Jahre.

Ortsbrandmeister Schneidewind erkundigt sich, ob sich die Maßnahme unter Umständen zeitlich noch weiter verzögern könnte.

Bürgermeisterin Oltmanns kann dies nicht verbindlich sagen, hält die zeitlich angedachte Umsetzung im Jahr 2028 jedoch für realistisch.

Ratsherr Henning erkundigt sich, ob die Mittel in der Finanzplanung vorgesehen sind.

Dies wird bestätigt.



Ratsherr Martens folgert, dass im Jahr 2026 eine Umsetzung sowohl personell als auch finanziell nicht möglich ist. Er schlägt vor, die Planung in 2027 und die Umsetzung im Jahr 2028 vorzunehmen.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass sie diesem Ansatz folgen könne.

Ausschussvorsitzender Güldner stellt den **Antrag**, die Maßnahme komplett in die Finanzplanung 2027 aufzunehmen und erklärt, dass dann gegebenenfalls in den nächsten Haushaltsberatungen erneut über die Maßnahme gesprochen werde.

Stellvertretender Bürgermeister Plate regt an, die Maßnahmen in Dötlingen und Neerstedt zusammen zu planen. Er könnte sich vorstellen, Planungskosten 2026 und Restkosten 2027 einzuplanen; eine Umsetzung sei jedoch nicht garantiert.

Bürgermeisterin Oltmanns stellt erneut klar, dass im Jahr 2026 weder hinreichend Mittel noch Personal vorhanden seien. Sollten Planungskosten 2026 im Haushalt eingestellt werden, werde gegenüber den Verwaltungsmitarbeitenden der Eindruck vermittelt, dass die Maßnahme umgesetzt werden müsse. Dies würde sich sehr negativ auf die Motivation der Mitarbeitenden auswirken, da eine nicht erfüllbare Erwartungshaltung suggeriert werden würde. Aufgrund dessen bittet sie, 2027 lediglich Planungskosten einzuplanen.

Ortsbrandmeister Wilkens regt an, Baukosten mit Verpflichtungsermächtigungen vorzusehen, sodass eine Umsetzung erfolgen kann, wenn Kapazitäten vorhanden sind.

Ratsherr Martens ist der Meinung, dass die personellen Engpässe der Verwaltung ernst genommen werden müssen.

Ausschussvorsitzender Güldner lässt über den **Antrag abstimmen**, die Gesamtkosten – Planungs- und Baukosten – im Haushalt 2027 zu veranschlagen.



Dieser Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme **angenommen**.

Da keine weiteren Fragen zu den Einsparpotenzialen vorliegen, fährt Ausschussvorsitzender Güldner mit den aufgeführten Maßnahmen fort, die noch nicht im Haushaltsentwurf vom 10.10.2025 abgebildet waren.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel teilt mit, dass die Ergebnisse nachfolgend Berücksichtigung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen finden.

Ratsherr Wiechers erkundigt sich, weshalb die Brandmeldeanlage beim neuen Feuerwehrgerätehaus teurer ist, als bei den Feuerwehrgerätehäusern in Neerstedt und Dötlingen.

Ortsbrandmeister Wilkens erläutert, dass bei Neubauten die einschlägigen Vorgaben eingehalten werden müssen. Bei den Maßnahmen in Dötlingen und Neerstedt sei keine komplette Brandmeldeanlage vorgesehen, sondern eher eine Brandwarnanlage. Bei Neubauten müsse die geltende Norm vollständig eingehalten werden.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzendem Güldner teilt die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel mit, dass die Zeitpläne für die Investitionen auch in IKVS abgebildet sind.

Ortsbrandmeister Schneidewind teilt auf Anfrage mit, dass er nicht sagen könne, ob die veranschlagten Kosten für die Fahrzeuge auch in der Zukunft ausreichend sein werden. Aktuell seien die Angaben realistisch.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel bedankt sich bei der Feuerwehr und ihren Kolleginnen und Kollegen – insbesondere bei Liane Pape-Nordbrock – für die Ausarbeitungen.



Diesem Dank schließt sich Ausschussvorsitzender Güldner an.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Güldner über die Beschlussempfehlung abstimmen. Diese wird bei 5 Ja-Stimmen angenommen.

„ Der Ausschuss für Brandschutz empfiehlt:

- 1. die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026,**
- 2. die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2025 bis 2029,**
- 3. das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2027 bis 2029 sowie**
- 4. die im Haushaltsplanungstool (IKVS) dargestellten Veränderungen, die auch dem Protokoll des Ausschusses für Brandschutz zu entnehmen sind.“**

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Güldner schließt die Sitzung des Ausschusses für Brandschutz und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 20:32 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.



Sodann schließt Ausschussvorsitzender GÜLDNER die Einwohnerfragestunde und die Sitzung des Ausschusses für Brandschutz um 20:33 Uhr.

Bürgermeisterin

Antje Oltmanns

Vorsitzender

Thore GÜLDNER

Protokollführerin

Lea Möller